

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Christina Baum AfD

Dokumentenüberprüfungen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Kommunen, Ämter und sonstige staatliche Einrichtungen in Baden-Württemberg sind in welchem Umfang mit Prüfgeräten und der entsprechenden Software zur Überprüfung von Dokumenten ausgestattet?
2. Welche Erkenntnisse hat sie über den Handel mit Flüchtlingsausweisen, Reiseausweisen für Flüchtlinge oder sonstigen Dokumenten, mit denen Flüchtlinge oder als subsidiär Anerkannte ausgestattet werden?
3. Wie viele Fälle der Verwendung falscher Flüchtlingsausweise, Reiseausweise für Flüchtlinge sowie sonstiger Dokumente, mit denen Flüchtlinge oder als subsidiär Anerkannte ausgestattet werden oder Fälle der Verwendung falscher Identitäten bei asylbegehrenden Personen sind ihr seit 2015 jährlich bekannt?
4. Wie viele Fälle der Verwendung falscher Dokumente sind ihr insgesamt seit 2015 jährlich bekannt?
5. Welche Möglichkeiten zur Überprüfung von Ausweisdokumenten stehen den Behörden in Baden-Württemberg zur Verfügung?
6. Wie werden Flüchtlingsausweise, Reiseausweise für Flüchtlinge, Duldungen, Gestattungen oder sonstige ausländerrechtlichen Dokumente auf ihre Echtheit überprüft?
7. Wie werden sonstige Dokumente, wie etwa Personalausweise, auf ihre Echtheit überprüft?
8. Welche Arten von Dokumenten und Ausweispapieren werden bei welchen Gelegenheiten auf welche Art überprüft?
9. Zu welchen Zwecken werden ihrer Erkenntnis nach gefälschte Dokumente und Ausweispapiere genutzt?
10. Welche Anstrengungen hat sie bisher unternommen, um eine flächendeckende Verifizierung von Ausweisen oder sonstigen Dokumenten durch entsprechende Prüfgeräte und Software zu ermöglichen?

19.07.2018

Dr. Baum AfD

Begründung

Zunehmende Berichte bestätigen die schon länger währende Annahme, dass seitens einreisewilliger Migranten, unter Zuhilfenahme gefälschter oder gekaufter Identitäts- und Ausweisdokumente, speziell aus Deutschland, und unter Angabe einer falschen Identität, die illegale Einreise nach Deutschland erreicht werden soll. Auch die Verwendung sonstiger gefälschter Dokumente, wie etwa Personalausweise, soll deutlich zugenommen haben. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich zu der derzeitigen Situation sowie den bisher von ihr ergriffenen und angestrebten Maßnahmen zu äußern.